



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2006/2009
17. Sitzung	Donnerstag, 18. Juni 2009 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Andreas Schweizer, Präsident
Protokoll	Stefan Ackermann, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmzähler	Lisa Dikk Denise Hunziker
Anwesend	35 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates
Entschuldigt	Patrick Hehli Peter Frey Jörg Stumpf Dieter Martin Armin Schmid, anwesend ab 19.30 Uhr
Ende der Sitzung	22.20 Uhr

Behandelte Geschäfte		Seite
1	2009/135 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokolle	411
2	2009/136 Einbürgerungen	412
3	2009/137 Verwaltungsrechnung 2008	414
4	2009/138 Rechenschaftsbericht 2008	417
5	Kreditabrechnungen	420
	2005/154 Kreditabrechnung Rückbau und Entsorgung, Neubau Doppel-Kindergarten Nuechtal, Nussbaumen	
	2006/21 Kreditabrechnung Abbruch Steg über Limmat; Anpassung Werkleitungen	
	2008/98 Kreditabrechnung Einbau künstliches Kugelfangsystem (KKS) zur Schiessanlage Ebne	
6	2008/114 Kreditantrag Alterswohncentrum	420
7	2006/58 Postulat Patrick Hehli (SVP) vom 12. September 2006 betreffend Konzept für Massnahmen gegen den Missbrauch der Sozialhilfe; Abschreibung von der Kontrolle	431
8	2008/107 Postulat Linus Egger (CVP) vom 24. Juni 2008 betreffend Verhinderung von Missbrauchsfällen bei der Sozialhilfe durch Arbeitseinsätze; Abschreibung von der Kontrolle	432
9	2008/117 Motion Erich Schmid (CVP) vom 30. Mai 2008 Varianten bei Vorlagen zur Sanierung von Quartierstrassen; Abschreibung von der Kontrolle	433
10	2009/139 Umfrage	434

Andreas Schweizer, Präsident: Ich begrüsse Sie zur 17. Sitzung der Legislaturperiode. Begrüssen möchte ich auch die Mitglieder des Gemeinderates und die Vertreter der Presse und die Gäste. Begrüssen möchte ich auch Bernhard Wehrli, Leiter Finanzen ad interim.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Personen entschuldigt: Patrick Hehli, Peter Frey, Jörg Stumpf, Dieter Martin und Armin Schmid. Er bringt noch das Heu ins Trockene und wird später zur Sitzung erscheinen.

Es sind damit 35 Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen anwesend. Das absolute Mehr beträgt damit 18.

Vizeammann Hansruedi Hess ist ebenfalls noch bei der Heuernte und wird später zu uns stossen.

Zur Traktandenliste: Das letzte Traktandum "Umfrage" ist selbstverständlich die Nummer 10. Noch andere Fragen oder Anträge zur Traktandenliste?

Das Wort wird nicht verlangt.

1 2009.135 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokolle

Andreas Schweizer: Zum **Formellen:** Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 27. April 2009 folgende, dem fakultativen Referendum unterstellte Beschlüsse des Einwohnerates vom 19. März 2009 in Rechtskraft erwachsen: Kredit von 462'000 Franken für den Ersatz des schweren Rüstfahrzeuges (Pionier) der Feuerwehr; Kredit von 425'000 Franken für die Strassen-, Wasserleitungs- und Kanalisationssanierung Sternenstrasse Ost, Nussbaumen; Nachtragskredit Wasserversorgung (Projektanpassungen) von 222'000 Franken; Kreditvorlage Teilzonenplanrevision von 142'000 Franken.

Zu den **Mitteilungen:** Am Samstag, 4. Juli 2009 findet im Rahmen des Wettingerfests ein Gemeinden-Fussballturnier statt. Die Einladung erfolgte dieses Jahr rechtzeitig, so dass diese dem Versand beigelegt werden konnte. Es wäre schön, wenn Obersiggenthal wieder einmal dabei wäre. Es wird während der Sitzung ein Anmeldeformular durch die Reihen gehen. Der Letzte soll doch bitte das Formular während der Pause nach vorn bringen, damit wir wissen, ob eine Mannschaft zusammengekommen ist.

Auf Ihren Tischen finden Sie ein Papier. Es ist der Bericht der Finanzkommission an den Einwohnerrat über die geprüften Kreditabrechnungen.

Vom Gemeinderat wünscht Gemeindeammann Max Läng das Wort.

Max Läng, Gemeindeammann: Im März 2009 ist der Arbeitsgruppe Gemeindezusammenarbeit der Bericht "Gemeinden Bezirk Baden" von Wüest & Partner vorgestellt worden. Dazu ist ein Fragebogen erstellt worden, den alle 16 Gemeinderäte bis Ende Juni 2009 beantworten sollen. Der Gemeinderat Obersiggenthal wird am kommenden Montag die definitive Stellungnahme erstellen. Anschliessend stellt ein kleines Team bis nach den Sommerferien die Resultate der Umfrage zusammen. Alle Gemeinderäte sind darauf hingewiesen worden, dass das Geschäft mit der Stellungnahme der Gemeinderäte natürlich nicht abgeschlossen werden darf. Anschliessend sollen nämlich die politischen Parteien, Organisationen und die Bevölkerung in dieses Projekt einbezogen werden, damit eine breit abgestützte Meinungsbildung möglich wird. Möglicherweise könnte daraus auch eine Bevölkerungsumfrage erstellt

werden. Ziel ist es, bis Ende 2009 Aussagen machen zu können, in welche Richtung sich unsere Gemeinde entwickeln soll.

Sie haben in der Presse lesen können, dass die Baukosten für die Lärmschutzmassnahmen günstiger sein werden. Dem Gemeinderat liegt ein Zwischenkostenstand vor. Sobald die definitive Schlussrechnung vorliegt, dies dürfte noch in diesem Jahr der Fall sein, wird der Gemeinderat darüber diskutieren und entscheiden, wie die gesamten Baukosten verteilt werden. Zum heutigen Zeitpunkt können dazu keine Aussagen gemacht werden.

Immer bei schönem Wetter wird der Kappisee übers Wochenende von zivilen Sicherheitskräften überwacht. Davon gibt es detaillierte Rapporte aus denen man sieht, wie nötig diese Einsätze sind. Ständig müssen Nacht- und andere Schwärmer auf die Nachtruhe und ihre Abfallentsorgung hingewiesen werden. Die Patrouillen sind jetzt auch auf Kindergärten und Schulhäuser ausgedehnt worden, ebenfalls mit gutem Erfolg. Kürzlich sind bei einer grösseren Jugendgruppe, die immer wieder ihren Abfall liegen lässt, die Personalien aufgenommen worden. Wir haben geplant, diesen einen Brief zu schicken, im Sinn, dass sie uns helfen sollen, damit Ruhe und Ordnung herrscht und vor allem die Anwohner nicht belästigt werden.

Noch eine letzte Mitteilung: Wir hatten heute Nachmittag Sitzung mit Baden Regio. In unserem Investitionsplan ist ein Kreisel und eine Bus-Spur vorgesehen zwischen Kirchdorf und Untersiggenthal und das ist auch im Mobilitätsmanagement aufgeführt, allerdings ohne Kosten. Der Kanton hat dies jetzt nachgeholt. Das Projekt Mobilitätsmanagement, welches die ganze Region betrifft, wird ein Volumen in der Grössenordnung von 50 Millionen haben. Ende Jahr kommt das Geschäft an den Grossen Rat. Weil der Kanton den Kreisel und die Bus-Spur aufgenommen hat, können wir vom Agloprogramm und Bund profitieren, das heisst es ist eine Entlastung von immerhin 10 % der Baukosten zu erwarten.

Andreas Schweizer: Wir haben einen **Neueingang:** Postulat von HansUlrich Schütz zum Geschäft GK 2009/13 Teilzonenplanrevision.

Nach der Pause hat der Präsident des Einwohnerrates ein weiteres Postulat von Silvia Dingwall Stucki und Josef Sieber als Vertreter der SP- und CVP-Fraktion entgegengenommen. Das Postulat lautet: Der Gemeinderat wird gebeten, Abklärungen zu treffen, damit in Obersiggenthal möglichst bald weitergehende Tagesstrukturen eingeführt werden können. Dem Einwohnerrat soll dafür eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden.

Zum **Protokoll** vom 12. März 2009 ist von Hans Peter Uehli eine Verbesserung vorgeschlagen worden. Auf Seite 376 muss ein Wort verändert werden, damit der Satz Sinn macht. Er soll heissen "Wir müssen nämlich die Leistungen diskutieren..." Das Wort rekrutieren passt hier nicht in den Kontext des Votums. Ich bitte Sie, dies zu ändern und zur Kenntnis zu nehmen. Es sind keine weiteren Anträge eingegangen. Die beiden Protokolle vom 12. und 19. März 2009 gelten gemäss § 24 des Geschäftsreglements als genehmigt. Ich danke Stefan Ackermann für die grosse Arbeit ganz herzlich.

2 2009.136 Einbürgerungen gemäss Antrag

Eintreten wird nicht bestritten.

Andreas Schweizer: Ich mache darauf aufmerksam, dass wenn ein Gesuch abgelehnt wird, die Ablehnung begründet werden muss.

Gibt es Fragen zu den einzelnen Einbürgerungen?

André Kummer stellt im Namen der SVP-Fraktion den

Antrag,

es sei über alle Gesuche schriftlich und geheim abzustimmen.

Andreas Schweizer: Abstimmungen über Einbürgerungen werden grundsätzlich offen durchgeführt, sofern nicht mindestens ein Viertel der anwesenden Ratsmitglieder die geheime Abstimmung verlangt. Es sind 35 Ratsmitglieder anwesend. Für die geheime Abstimmung sind somit neun Stimmen nötig.

Der Vorsitzende lässt für alle Gesuche in globo die Stimmen für eine geheime Abstimmung ermitteln. Es entscheiden sich deutlich mehr als zehn Ratsmitglieder für die geheime Stimmgabe.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenrelevante Daten entfernt.

3 2009.137 Verwaltungsrechnung 2008

Das Eintreten wird nicht bestritten.

Einsitznahme von Leiter Abteilung Finanzen ad interim, Bernhard Wehrli. Seitens der Finanzkommission nimmt Linus Egger zur Verwaltungsrechnung Stellung.

Andreas Schweizer: Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor: Zuerst erhält Linus Egger, Präsident der Finanzkommission, das Wort, danach der Gemeindeammann, danach Votanten zum Allgemeinen oder der gesamten Rechnung, danach werden wir die gesamte Rechnung abschnittsweise beraten und spezifische Voten können dann gestellt werden.

Linus Egger, Präsident Finanzkommission: Den Prüfbericht der Finanzkommission und die Rechnung haben Sie erhalten. Die darin enthaltenen Punkte möchte ich nicht weiter ausführen. Ich werde jedoch versuchen, Ihnen mit einfachen Folien die wichtigsten Punkte, welche zu den Resultaten geführt haben, aufzuzeigen. - Linus Egger zeigt anhand einer Folie den Ertragsüberschuss 2008 von gesamthaff fast 2.2 Millionen gegenüber dem Budget. - Davon waren 1.2 Millionen Steuereinnahmen. Gegenüber dem Budget schlagen die Aktiensteuern mit 412'000 Franken, die Erbschaftssteuern mit 363'000 Franken und, erstaunlicherweise, die Nach- und Strafsteuern mit 127'000 Franken Mehreinnahmen zu Buche. Seit dem Jahr 2004 hatten wir immer zwischen 28'000 und 30'000 Franken budgetiert und auch eingenommen. Die Budgetposten waren also sehr genau. Ausgerechnet im letzten Jahr hatten wir 127'000 Franken. Ich hoffe, dass das nicht so weiter geht. Woher diese Nach- und Strafsteuern kommen darf und will ich nicht erläutern. Bei den ordentlichen Steuern sind rund 400'000 Franken weniger eingegangen als budgetiert. Dafür waren die ordentlichen Steuern aus den Vorjahren mit 1'050'000 Franken hoch. Lottogewinne hatten wir dieses Jahr kaum, Quellensteuern auch nicht.

Rückerstattungen Privater inkl. Sozialhilfe mit 723'000 Franken setzen sich vor allem aus Rückerstattungen der Invalidenversicherung zusammen. Das heisst, die IV hat Sozialhilfebezügern

rückwirkend Renten zugesprochen und somit der Gemeinde die Auslagen für die materielle Hilfe zurückerstattet. Im Budget konnte dies nicht berücksichtigt werden, weil diese Rückerstattungen zwischen September und Dezember beschlossen wurden, und davon der grösste Teil erst gegen Ende des Jahres. Vom Kanton haben wir hohe Subventionen von rund 230'000 Franken erhalten. Das sind die wichtigsten Positionen, die zu den Mehreinnahmen von 2.2 Millionen geführt haben.

Bei den Aufwendungen sind die Personalkosten mit rund 50'000 Franken höher als budgetiert. Das kommt vorwiegend aus Überzeit und den verlängerten Öffnungszeiten der Bibliothek. Den Sachaufwand haben wir mit rund 160'000 Franken überschritten. Die wichtigsten Positionen sind Schulanlagen, Sporthalle, Friedhof und Diverse. Die eigenen Beiträge belaufen sich auf rund 860'000 Franken weniger als budgetiert, davon Heimversorgung mit 100'000 Franken und Kantonsspital mit 300'000 Franken. Dieser Betrag wäre bereits im Budget 2007 eingesetzt gewesen, doch die Zahlung folgte erst später. Die Sozialhilfe hat 450'000 Franken weniger benötigt. Es gab weniger bedürftige Personen und es wurde mit Drogenfällen gerechnet, welche nicht eingetroffen waren. Man wird diesen Positionen Rechnung tragen. Die Abschreibungen waren höher, wir hatten auch hohe Investitionen. Es ist vom Kanton vorgeschrieben, welche und wieviel Abschreibungen vorgenommen werden müssen.

Ich habe mir die Mühe gemacht und zurückverfolgt, wie sich in den letzten Jahren das Budget zur Rechnung verhalten hat. Ich habe bei 2004 angefangen. Wie man auf den Folien sehen kann, hat es zwischen Budget und Rechnung immer Abweichungen gegeben, teilweise sehr grosse. Wie könnte man nun Budget und Rechnung näher zusammenbringen? Eine Möglichkeit wäre die termingerechte Abgabe der Steuererklärung. Durch die Selbstdeklaration kann die Finanzverwaltung die provisorische Rechnung entsprechend anpassen und kommt dadurch den effektiven Zahlen sehr nahe.

Dieselbe Aufstellung folgt auf der nächsten Folie, jedoch ohne Vorjahressteuern. Hier gilt das gleiche. Wenn wir Budget und Rechnung näher zusammenbringen würden, könnten wir für die nächsten Jahre auch genauer budgetieren. Das kann die Verwaltung jedoch nicht alleine. Die Bevölkerung muss mithelfen, z.B. durch die termingerechte Abgabe der Steuererklärung.

Bei den Steuerausständen ist Obersiggenthal immer unter dem Durchschnitt von Bezirk und Kanton. Das ist erfreulich, aber das Ziel sind noch weniger Steuerausstände.

Die Entwicklung der Gesamtkosten ist auf der Folie mit den drei bekannten Kreisen ersichtlich, Rechnung 2006, Rechnung 2007 und Rechnung 2008. Ich möchte nur auf eine Zahl hinweisen, nämlich die eigenen Beiträge. Im 2006 waren es 36 %, im 2007 40 % und jetzt 34 %. Diese sind so tief wegen der einmaligen Rückzahlungen.

Beim Abfuhrwesen stehen sich Graugut, Grüngut, Grundgebühr und Total gegenüber. Wie Ihnen bekannt ist, muss über eine gewisse Zeit 100 % der Gebühren erreicht werden, weil eine Finanzierung durch Steuergelder nicht zulässig ist. Die Grüngutgebühren wurden letztes Jahr etwa 30 % angehoben, was in der Gemeinde zu Diskussionen geführt hat. Der Deckungsgrad konnte nun auf 40 % angehoben werden. Im Total ergeben sich etwa 99 %, also knapp 100 %. Auf das Budget 2011 wird eine Anpassung geprüft.

Eingangs habe ich auf einzelne Posten hingewiesen, die Kostenüberschreitungen verursacht haben. Die Finanzkommission hat einige dieser Punkte vertieft geprüft und mit dem Gemeinderat diskutiert. Wie funktioniert die Sache mit der Anordnung von Überstunden? Das wird gemäss Personalreglement gelebt und ausgeführt. Wir haben gebeten, dass man mit Nachdruck darauf achtet, dass möglichst keine Überstunden anfallen. Es führt einfach zu Mehrkosten. Die Kompetenzregelung bei Schadenfällen (wir hatten 160'000 Franken Überschreitungen) wurde ebenfalls geprüft: Abteilungsleiter entscheiden nicht alleine, die Ressortvorsteher werden miteinbezogen. Die Kioskabrechnung beim Jugendnetz ist eher eine organisatorische Sache. Der Finanzverwalter hat sich dem angenommen und die Abrechnung wird jetzt über-

sichtlicher dargestellt. Die Entwicklung der Vandalenakte seit Einführung der Videokamera sind rückläufig. Die Anschaffung hat sich gelohnt. Den Tiefenprüfungsbericht der BDO Visura haben wir besprochen. Eine Tiefenprüfung ist mit grossem Aufwand verbunden und die beauftragten Personen müssen betreut werden, was einiger Ressourcen der Finanzkommission und des Personals bedarf. Die BDO Visura hat gewünscht, nicht im März sondern im Herbst kommen zu können, da sie viele andere Aufträge im Winter/Frühjahr erledigen muss (Jahresabschlüsse etc.). Die Finanzkommission wird an ihrer nächsten Sitzung Ende Monat diskutieren, ob diese Tiefenprüfung stattfinden wird oder nicht. An der nächsten Einwohnerratssitzung werden wir Sie informieren können.

Andreas Schweizer: Mittlerweile ist auch Armin Schmid eingetroffen. Damit sind 36 Einwohner-räte anwesend, das absolute Mehr liegt bei 19.

Max Läng: Linus Egger hat das Wichtigste erläutert und ich möchte dies nicht wiederholen. Ich möchte lediglich auf einzelne Punkte hinweisen. Sie werden Verständnis haben, dass ich Ihre Neugierde über die hohen Nach- und Strafsteuern nicht befriedigen kann. Das Steuerge-setz verbietet es. Allerdings kann ich Ihnen mitteilen, dass diese massive Einnahme vor allem Dank dem guten Zusammenspiel und Eingreifen von Finanzverwalter-Stellvertreter, Betrei-bungsbeamten und Abteilung Steuern erzielt werden konnte.

Eine allgemeine Bemerkung zu den Steuern: Die Veränderung bei den Aktiensteuern dürften für uns, bei einem Gesamtsteuerertrag von rund 21 Millionen, keine grosse Rolle spielen. Die Aktiensteuern betragen lediglich etwa 1.4 Millionen. Bei uns sind die natürlichen Personen ent-scheidend. Gesamthaff sehen wir bis jetzt keinen Einbruch.

Im Sozialbereich konnten die grössten Einsparungen erzielt werden. Linus Egger hat es bereits erwähnt. Ich möchte nur den Mechanismus erklären. Wenn ein Sozialhilfebezüger einen An-trag auf Invalidenrente stellt, kann das ein bis zwei Jahre dauern, bis die IV entscheidet. Wäh-rend dieser Zeit bezieht diese Person Sozialhilfe. Sobald der Entscheid der IV eintrifft, kann der Gemeinde die Sozialhilfe für die Überbrückungszeit zurückerstattet werden. Die IV wird der begünstigten Person rückwirkend auf das Datum der Antragsstellung und nicht ab Datum des Entscheides ausbezahlt.

Weiter werden wir vorsichtiger, respektive weniger vorsichtig budgetieren, was Drogenfälle betrifft. Im Budget werden wir diese nicht mehr berücksichtigen. Wenn wir allerdings einen Drogenentzug bezahlen müssen, werden wir das Budget überschreiten müssen.

Wir werden die Zwischenstände der laufenden Rechnung Ende Juni und Ende September er-heben.

Hans-Peter Uehli: Die FDP-Fraktion nimmt den guten Rechnungsabschluss mit 3 Mio. Franken ausserordentlichen Abschreibungen mit zwiespältigen Gefühlen zur Kenntnis. Einerseits freuen wir uns, dass der Abschluss um 2.6 Mio. besser ausgefallen ist als budgetiert und andererseits ärgern wir uns über die unzuverlässige Finanzplanung.

Dieter Lüthi hat am 12. März 2009 in seinem Votum sein Missfallen deutlich zum Ausdruck ge-bracht und ich muss jetzt nicht noch darauf rumreiten.

Aber zum Thema Planungssicherheit möchte ich doch ein paar Überlegungen erwähnen: Vergleichen wir den Finanzplan mit dem Budget und mit der Rechnung können wir folgendes feststellen: Der betriebliche Nettoaufwand wurde im Finanzplan 2008 mit 17.5 Mio. ange-geben, im Budget mit 23.5 Mio. und in der Rechnung schlussendlich mit 22.6 Mio., also 5.1 Mio. höher als im Finanzplan aber 0.9 Mio. tiefer als im Budget. Genau umgekehrt war es bei den Schulden. Im Finanzplan werden diese mit 27.7 Mio. angegeben, im Budget mit 13 Mio. und in der Rechnung mit 21 Mio. Die Rechnung ist um 7 Mio. höher als das Budget, also knapp 50 %, und 6.7 Mio. tiefer als im Finanzplan. Das heisst, wenn die Finanzplanung der-massen stark von der finanziellen Realität abweicht, darf man sich nicht wundern, wenn auf

der politischen Ebene Massnahmen ergriffen werden, die sich im Nachhinein als ungeeignet erweisen.

Die Verwaltungsrechnung wird nun seitenweise durchgegangen.

Hans-Peter Uehli: Seite 5, Pos. 210: Wieso entsteht jetzt eine zeitliche Verschiebung, weil Kalender- und Schuljahr nicht deckungsgleich sind? Diese beiden Jahre waren ja nie deckungsgleich.

Max Läng: Für die Schule, vor allem die Berufsschule, muss ein Jahr im Voraus budgetiert werden. Zu diesem Zeitpunkt sind die Schülerzahlen nicht bekannt.

Ueli Zulauf: Ich habe diese Frage bei der Finanzkommission auch gestellt. Die Auskunft lautete, dass es Probleme bei der Schulleitung gab, welche aber jetzt geklärt werden konnten. Im nächsten Schuljahr sollte das nicht mehr passieren.

Hans-Peter Uehli: Seite 13, Bestandesrechnung: Ich habe zwei Bemerkungen: Einerseits sind die Spalten vertauscht. Normalerweise ist links das neueste Jahr und rechts das Vorjahr. Und die Spaltenüberschriften lauten 2007 und 2008. Es handelt sich jedoch um einen bestimmten Zeitpunkt und nicht um ein ganzes Jahr.

Hans-Peter Uehli: Seite 14, Investitionsrechnung: Es gibt hier grosse Differenzen. Ich frage die Gemeinde an, ob sie die Investitionen nicht überwacht oder ob diese über die laufende Rechnung laufen oder ob man es einfach so hinnimmt, wie die Investitionen anfallen. Werden die Rechnungen einfach dann bezahlt wenn sie eingehen? Gibt es eine Möglichkeit, die Investitionen zu steuern damit diese Differenzen verschwinden?

Max Läng: Wir dürfen nur Investitionen aufführen, die der Einwohnerrat bewilligt hat. Mit der Rechnungsstellung hat das nichts zu tun. Wenn wir eine Investition auslösen und einen Werkvertrag abschliessen, müssen wir die Rechnung bezahlen. Mit der Rechnungsstellung hat das nichts zu tun.

Lisa Dikk: Die SVP-Fraktion würdigt und verdankt die Verwaltungsrechnung 2008. Erfreulicherweise ist aus den Unterlagen ersichtlich, dass der Sparwille umgesetzt worden ist und dafür möchten wir uns bedanken.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Die Verwaltungsrechnung 2008 wird unter Entlastung des Rechnungserstellers einstimmig genehmigt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

4 2009.138 Rechenschaftsbericht 2008

Eintreten wird nicht bestritten.

Andreas Schweizer: Auch hier möchte ich so vorgehen, dass zuerst die allgemeine Aussprache erfolgt und danach Seite um Seite, Kapitel um Kapitel besprochen wird.

Ursula Spinnler: Die FDP-Fraktion dankt den Verfassern für den wiederum sehr umfangreichen und interessanten Rechenschaftsbericht. Die vielen Statistiken und Kurzberichte zeigen auf, was im Jahr 2008 rund um die Einwohnergemeinde Obersiggenthal passiert ist. Man kann diesem Bericht sehr viele Informationen entnehmen. Mir ist zum Beispiel die Höhe der betriebenen Forderungen aufgefallen, und ich habe ausgerechnet, dass ich pro Tag ein Kilo Abfall via Haushaltkehrichtsack und sieben Gramm über öffentliche Abfallbehälter auf Gemeindeboden entsorge. Anlass zum Schmunzeln gab der Bericht inklusive Foto über die Rettung der elfköpfigen Entenfamilie durch die Feuerwehr. Man sieht also, man wohnt in einer Gemeinde, über welche man sehr viele Dinge wissen kann.

Der Rechenschaftsbericht wird abschnittsweise beraten.

Stefan Hitz: Zum Punkt Gesundheit: Obsifit wurde nicht von den Sportvereinen lanciert, sondern von der Sportkommission.

Marie-Louise Nussbaumer Marty: Ich entschuldige mich für den Fehler, der uns unterlaufen ist. Es ist unentschuldig, aber wie es Fehler so an sich haben, können wir nicht mehr herausfinden, warum er passiert ist und wieso die vielen Augen, die den Bericht gelesen haben, nicht gemerkt haben, dass jemand fehlt. Wir entschuldigen uns ganz formell bei Jacqueline Schmid. Sie ist ein langjähriges Mitglied der Schulpflege und alle Leute wissen das. Aber im Bericht haben wir Sie nicht aufgeführt. Entschuldigung dafür.

Auf der Seite 24 ganz am Schluss muss es heissen "einzuführen". Da ist ein Wortteil verloren gegangen.

Hans-Peter Uehli: Seite 28, Jugend: Der Abschnitt über Igor Simonides und die beschränkte Zeit in der aufsuchenden Jugendarbeit. Nachdem schon vor über zehn Jahren Sibylle Gersbach die aufsuchende Jugendarbeit im Pflichtenheft hatte, nachdem vor drei Jahren beim Aufbau vom Jugendnetz wieder die aufsuchende Jugendarbeit im Fordergrund stand, stelle ich frustriert fest, dass man die wichtige Arbeit offensichtlich gar nicht machen will, obwohl dem Schulsozialdienst sehr genau bekannt ist, zu welcher Zeit bei welchem Schulhaus unsere Schüler und Jugendlichen beim Kiffen und Haschen rumhängen. Meine Frage an den Gemeinderat: Wer setzt überhaupt Zielsetzungen und Prioritäten von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fest? Ist es wirklich so, dass selbstschützende Rechenschaftsberichte im Internet, Filmprojekte und Radiosendungen und Discoanlässe wichtiger sind als die aufsuchende Jugendarbeit?

Therese Schneider, Gemeinderätin: Die Leistungsvereinbarungen des Jugendnetzes werden durch die Jugendkommission erstellt und überprüft. Es ist tatsächlich so, dass kaum Zeit für die aufsuchende Jugendarbeit vorhanden ist. Es sind rund 30 Stellenprozent, also rund 1.5 Tage, welche Igor Simonides für die aufsuchende Jugendarbeit für beide Gemeinden einsetzen kann. Es gibt also nur Feuerwehrübungen und Akutfälle, bei denen Igor Simonides im Einsatz steht. Für aufsuchende Jugendarbeit, als Schlichtungsstelle für Bewohner, als Betreuer in den Quartieren bräuchte es eigentlich mehr Stellenprozent als von Montag bis Freitag. Die von Ihnen erwähnte Person war, zumindest seit ich hier bin, nie in der aufsuchenden Jugendarbeit tätig.

Hans-Ulrich Schütz: Der Verkehr in Obersiggenthal hat wieder zugenommen. Mich würde es interessieren, wie es mit der Luftreinhalte-Qualität steht. Es ist eine Auflage bei der Siggenthaler Brücke und ich habe die Frage letztes Jahr schon gestellt. Mich würden nun die Ergebnisse interessieren.

Marie-Louise Nussbaumer Marty: Ich kann wieder das Gleiche sagen wie im letzten Jahr. Die Luftmessungen durch den Kanton sind bisher nicht durchgeführt worden. Wir können nur immer wieder nachfragen. Die Begründung des Kantons ist immer wieder, was bringen die Re-

sultate, kann man die Messungen überhaupt machen... Ich kann dazu leider nicht mehr sagen.

Silvia Dingwall Stucki: Im Zusammenhang mit dem Veloweg an der Landstrasse finde ich es toll, dass man etwas für die Velofahrer gemacht hat, aber das Ergebnis ist nicht sehr befriedigend. Ich wurde auch mehrmals darauf angesprochen. Von Baden her kommend ist es nicht klar, wie man bei der Breite über die Landstrasse kommen soll. Ich weiss, dass die Landstrasse eine Kantonsstrasse ist, aber die Gemeinde könnte dem Kanton nahe legen, Verbesserungen vorzunehmen. Sonst ist der Veloweg in dieser Richtung nicht viel wert. Die Kreuzung mit der Mehrhaldenstrasse ist unübersichtlich. Wäre es möglich, den Velofahrern Vortritt zu gewähren, ähnlich wie bei der Ausfahrt beim Schwimmbadparkplatz? Der Sternenplatz ist noch nicht ideal. Ist in diesem Bereich bereits etwas in Planung? Ich würde kleine Verbesserung zugunsten der Velofahrer sehr begrüßen, damit Velowege auch mehr benützt werden.

Fabian Humbel: Es ist richtig, dass von Baden her kommend, auf der Landstrasse ein Entflechtungsproblem besteht. Es gibt in diesem Bereich keine Über- oder Unterführung. Nördlich der Landstrasse ist auch ein Veloweg ausgeschildert. Die sicherste Variante wäre über den Kirchweg zum Kreisel und zurück. Das ist natürlich umständlich, aber am einfachsten und sichersten. Ich habe keine Lösung, wie man das einfach und mit geringfügigen Massnahmen entflechten könnte. Ich stelle aber in Abrede, dass der Veloweg nutzlos ist, denn wenn man in Richtung Baden fährt, kann man problemlos in den Verkehr einfädeln.

Die Kreuzung Mehrhalde nehme ich entgegen und werde es prüfen. Spontan kann ich nur sagen, dass in Tempo-30-Zonen grundsätzlich Rechtsvortritt gilt und man keine anderen Massnahmen vorsieht.

Der Sternenplatz behalten wir in der Hinterhand. Möglicherweise kann in nächster Zeit etwas realisiert werden. Sollte die Planung konkret werden, bringen wir den Veloweg ein. Allerdings muss ich auch sagen, es ist zwar gut wenn Velowege realisiert werden können, aber ein Veloweg entbindet den Velofahrer nicht davon, auf sich und den Verkehr zu achten. Wir werden im Zusammenhang mit allfälligen Planungen versuchen, eine sinnvolle und verhältnismässige Lösung zu finden.

Hans-Peter Uehli: Die Luftschadstoffmessungen sind schon zu unterstützen. Ich finde die Messungen der Luftschadstoffe sehr wichtig, und zwar aus folgendem Grund: Wir sagen immer, dass Mehrverkehr da ist wegen dieser Brücke. Aber das Ziel war nicht, weniger Verkehr zu haben, sondern mehr Verkehr flüssiger durchzuführen. Die Luftschadstoffe sind ein Mass dafür. Damit können wir Sinn und Zweck dieser Brücke prüfen. Darum wäre es für die Gemeinde Obersiggenthal sehr wichtig, dass die Messungen durchgeführt würden.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Rechenschaftsbericht 2008 wird einstimmig genehmigt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

—
Andreas Schweizer: Mittlerweile ist auch Hansruedi Hess eingetroffen.

- 5 **2005.154** **Rückbau und Entsorgung, Neubau Doppel-Kindergarten Nuechtal, Nussbaumen**
 2006.21 **Abbruch Steg über Limmat; Anpassung Werkleitungen**
 2008.98 **Einbau künstliches Kugelfangsystem (KKS) zur Schiessanlage Ebne**

Eintreten wird nicht bestritten.

Andreas Schweizer: Auf Ihren Tischen finden Sie den Bericht der Finanzkommission zu den Kreditabrechnungen.

Linus Egger: Ich möchte nur auf einen Punkt hinweisen. Beim künstlichen Kugelfangsystem sehen Sie, dass wir diese Abrechnung abgenommen haben, auch wenn der Sport-Toto-Beitrag noch nicht eingegangen ist. Das kann man machen. Ich kann Ihnen versichern, diese Anträge sind durch die Bauverwaltung gestellt worden und die Beiträge werden zu gegebener Zeit ausbezahlt. Die Finanzkommission bedankt sich bei den Vereinen, welche durch Eigenleistungen den Kredit tiefer halten konnten als beschlossen.

Bettina Lutz Güttler: Mir ist bei der Kreditabrechnung Kugelfangsystem aufgefallen, dass die Betriebsbewilligung noch nicht vorliegt. Meine Frage: Wäre es möglich, dass diese Anlage nicht abgenommen und somit die Betriebsbewilligung nicht erteilt würde? Und wenn ja, könnten dadurch weitere Kosten entstehen?

Hansruedi Hess: Ich bin nicht ganz sicher, aber ich glaube, die Anlage ist mittlerweile abgenommen und die Bewilligung erteilt. Es entstehen auf jeden Fall keine weiteren Kosten. Die Anlage wurde bereits im letzten Herbst vom Schiessoffizier abgenommen. Ich habe nicht beachtet, dass das noch drin steht.

Stefan Hitz: Der Schiessoffizier war da und hat die 300-m und 50-m Schiessanlage technisch abgenommen und zum Schiessen freigegeben.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Abstimmung

Es wird über alle Kreditabrechnungen in globo abgestimmt.

Die Anträge betr. Kreditabrechnungen werden einstimmig angenommen.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

- 6 **2008.114** **Kreditantrag zur Erweiterung des Alterswohncentrums Gäsliacker Nussbaumen**

Eintreten wird nicht bestritten.

Andreas Schweizer: Dieses Geschäft wurde bereits im letzten Oktober zu später Stunde diskutiert und verhandelt.

Max Läng: Wir hatten gestern Baukommissionssitzung und sind mit den Architekten zusammengesessen, welche den Auftrag hatten, das Projekt zu überarbeiten. - Er zeigt und erklärt auf einem Plan am Hellraumprojektor das angepasste Projekt. - Die Zimmer sind nach Osten

ausgerichtet, die öffentlichen Räume auf die sonnigere Westseite. Ein Tiergehege, öffentlicher Bereich und der Parkplatz kommen ebenfalls auf die Westseite zu liegen. Es mag erstaunen, dass der Parkplatz an einer exponierten Stelle geschaffen wird, doch der Parkplatz bringt Leben, Leute kommen und gehen, und ist eine Bereicherung für die Heimbewohner.

An der Einwohnerratssitzung im Oktober bzw. auch schon im letzten August hat die Orientierung über das AWZ stattgefunden, an welcher Gerhard Brunner ausführlich informiert und die finanzielle Situation mit aussagekräftigen Zahlen aufgezeigt hat. Der Einwohnerrat hat damals dem Kredit zugestimmt.

Was hat sich nun verändert und was ist gleich geblieben?

Verändert hat sich die finanzielle Situation des Alterswohncentrums aufgrund der Nachzahlung an die Aargauische Pensionskasse und der Sanierung der Küche. Dies hatte zur Folge, dass die Baukosten gestiegen sind. Wie kam die Kostenschätzung der Küche zustande? Wir haben aus dem Stiftungsrat eine Projektschätzung und Abklärungen zusammen mit einem Küchenbauer in Auftrag gegeben. Dadurch konnten wir wesentliche Planungskosten sparen. Allerdings galt dies nur für den Grundsatzentscheid, wie diese Küche erweitert werden könnte. In einer zweiten Phase wurde ein Planer und Spezialisten beigezogen. In dieser Phase konnten zum Beispiel statische Probleme oder Lüftungsprobleme erkannt werden. Man konnte eine sehr wirtschaftliche Lösung finden, nämlich die Küche mit einer Zwischenwand halbieren, damit die Küche während der Erweiterung dauernd in Betrieb gehalten werden kann. Aber die Mehrkosten von rund einer halben Million belasten das Gesamtprojekt. Was hat sich weiter verändert? Die Finanzen der Gemeinde sind besser geworden. Die Rechnung schliesst mit 2.6 Millionen besser ab als erwartet. Die Frage der FDP kann ich somit beantworten. Im Finanzplan Herbst 2008 hatten wir eine Verschuldung von 28.4 Millionen und im Finanzplan der Arbeitsgruppe vom März wurde eine Verschuldung von 24.3 Millionen ausgewiesen. Das hat damit zu tun, dass einzelne Objekte verschoben wurden, aber natürlich auch mit dem guten Rechnungsabschluss. Diese Verschuldung wäre noch rund 600'000 Franken weniger, wenn wir mit einem besseren Rechnungsabschluss gerechnet hätten. Die finanzielle Situation kann nicht als Momentaufnahme beurteilt werden, sondern muss über einen längeren Zeitraum beobachtet werden. Ich möchte darauf hinweisen, dass im Finanzplan vom Oktober 2001 eine Verschuldung von 30.4 Millionen ausgewiesen wurde.

Die Hotelleriekosten haben sich ebenfalls verändert. Im Herbst hatten wir eine Bausumme von 9.7 Millionen und jetzt von 10.9 Millionen. - Max Läng zeigt eine Folie mit der Übersicht über die Hotelleriekosten. - Im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden liegen wir im Bereich wie das Heim der Gemeinde Untersiggenthal. Mit der Reha-Klinik Schinznach-Bad kann jedoch kein Vergleich gezogen werden, weil dies eine andere Klinik ist. Die Frage zu den Kosten bei anderen Kliniken kann ich nicht beantworten, weil ich nicht weiss, ob zum Beispiel der Land-erwerb, Ausstattungen, Mobiliar eingerechnet sind oder ob es Subventionen gegeben hat. Viele wesentliche Parameter müssen bekannt sein, damit ein Vergleich möglich würde. Hin-gegen kann man die Hotelleriekosten vergleichen. Ein wichtiger Punkt: Hotellerie-Satz ohne Subvention und mit Subvention. Dies muss man beachten beim Vergleich mit Untersiggenthal. Wir machen einen Mischpreis. Heimbewohner im Neubau bezahlen den gleichen Tarif wie Heimbewohner des alten Teils. Das ist eine gewisse Beeinträchtigung der bisherigen Heimbewohner, da die Komfortsteigerung im neuen Teil gleich viel kostet wie der Platz im alten Teil. Wir mussten den Mischpreis aber berechnen, weil bei einer Aufteilung eine so grosse Differenz entstehen würde und es schwierig würde zu entscheiden, wer in welchen Teil zu wohnen kommt. Das andere extrem: Baden mit dem Pflegeheim liegt bei 157 Franken. Ich weiss nicht, wieso diese so hoch sind.

Der Wettbewerb mit der Überarbeitung ist kein Bauprojekt. Wir haben die Überarbeitung und eine Plausibilitätskontrolle gemacht und die Kosten ermittelt. Die Kostenschätzung hat die Firma Metron gemacht, die Architekten im Pflegebereich. Den Kubikmeterpreis hat Metron uns vorgegeben und wir haben im Wettbewerb diesen Preis vorgegeben. Die Stoos-Architekten von Brugg hatten den Auftrag, diese Kosten nochmals zu überprüfen. Die vorgegebenen Zahlen der Metron haben zu den Zahlen der Stoos-Architekten geringfügige Abweichungen ausgewiesen. Dies war für uns die Sicherheit, dass die Zahlen ziemlich genau stimmen. Das AWZ wird das einfachste Projekt in den umliegenden Gemeinden.

Was bleibt unverändert? Im November 2009 haben die Stimmbürger dem Erweiterungsbau mit 63 % zugestimmt. Wenn heute der Betrag von fünf Millionen gesprochen wird, dann ist das der Betrag, den die Stiftung erhält. Mit diesem muss sie auskommen und allfällige Kostensteigerungen oder unvorhergesehene Auslagen selber tragen. Die Gemeinde ist nicht betroffen, sondern nur der Stiftungsrat. Dem Stiftungsrat steht Meinrad Stöckli vor. Er ist seit Jahren im beruflichen Umfeld mit öffentlichen Bauten vertraut. Er baute Studentenheime und ist absoluter Fachmann auf diesem Gebiet. Eine Juristin und ein Pflegefachmann vom Kantonsspital sind ebenfalls Mitglied. Wir geben uns Mühe und wollen möglichst kostengünstig bauen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich betonen, dass mit diesem Stiftungsrat ein sehr hoch qualifiziertes Team dem AWZ vorsteht. Der Bedarf an Pflegebetten haben wir in der Berechnung ausgewiesen. Die Berechnungen wurden aufgrund von Annahmen erstellt. Wer kann für die Zukunft genau voraussagen, wieviele Betten benötigt werden? Als man vor drei bis vier Jahren die Planung an die Hand nahm, habe ich die umliegenden Gemeinden eingeladen und Aussprachen gehalten. Wir haben diskutiert, wie wir mit den Pflegebetten in der Region planen wollen. Wo hat es Platz? Was machen die anderen Gemeinden? Wir mussten feststellen, dass es in unserer Region keine Gemeinde gab, die Platz gehabt hätte, um unsere Heimbewohner aufzunehmen. Dafür gab es mehrere Gründe, unter anderem, dass diese Gemeinden bereits in der Planung standen oder bereits Bauten realisiert haben. Wir können unsere Heimbewohner nicht extern unterbringen. Die Berechnungsgrundlagen und Zahlen von Gerhard Brunner sind unverändert, ausser die Küche und Hotelleriebeiträge.

Zur Situation in der Region Baden. Wir hatten heute eine Sitzung von Baden Regio und haben festgestellt, dass der Kanton eine eher bescheidene Rolle gespielt hat. Er hat zwar Gesetze und Dekrete erlassen, aber alles andere liegt bei den Gemeinden. Baden Regio hat Bewegung in die Situation gebracht und einen grossen Bericht verfasst über die Regionalkoordination Spitex. Der Bericht wurde heute verabschiedet und der Kanton wartet auf den Bericht für die Weiterverwendung. Der Bereich, in welchem sich der Kanton in einem absoluten Defizit befindet, ist der Bereich Alterswesen. Die Gemeinden müssen sämtliche Kosten übernehmen. Baden Regio hat nun beschlossen, eine Arbeitsgruppe zu gründen, welche sich mit einer Harmonisierung und Angleichung der Kosten von Hotellerie und Heim beschäftigen wird. Es kann die Entwicklung geben, dass einzelne Gemeinden grosse Beiträge an ihre Heime leisten und andere nichts bezahlen. Da muss jetzt korrigierend eingegriffen werden und es müssen bei allen Heimen Vollkostenrechnungen eingeführt werden.

Andreas Schweizer: Die Diskussion ist offen.

Franziska Grab: Einleitend halten wir klar folgendes fest: Die SVP Obersiggenthal steht zur älteren Bevölkerungsschicht in unserer Gemeinde und ist auch gewillt, Strukturen zu schaffen, die unseren Senioren und Seniorinnen ein angenehmes Leben ermöglichen. Trotzdem stellt die SVP-Fraktion den

Antrag

auf Rückweisung dieses Geschäfts.

Folgende Überlegungen und offenen Fragen haben uns zu dieser Rückweisung veranlasst: Schon zum zweiten Mal müssen wir diese Vorlage behandeln. Beim ersten Mal haben wir im Einwohnerrat verlangt, dass die 5 Millionen Franken Subvention der Gemeinde nur bei einem Steuerfuss von 100 % gegeben werden können. Nun ist der Steuerfuss aber nur 98 %. Wir haben aber beim letzten Mal gefordert, dass der Erweiterungsbau dann um einige Jahre nach hinten verschoben werden sollte. Es macht ja keinen Sinn, wenn wir die 2 % Steuererhöhung anstelle von Schuldenabbau wieder in eine neue Investition stecken. Auch können wir davon ausgehen, dass durch die Wirtschaftskrise die Steuereinnahmen eventuell um mehr als diese 2 % Erhöhung in diesem Jahr zurückgehen werden.

Im Grundsatz sind wir nicht gegen den Erweiterungsbau des Pflegeheims. Wir sind uns bewusst, dass gemäss dem neuen Pflegegesetz § 11 Abs. 1 die Gemeinde für die Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten und qualitativ guten Angebotes der Langzeitpflege zuständig ist.

Folgende Fragen sind jedoch unbeantwortet:

Gemäss Vorlage kostet ein neues Pflegebett in Obersiggenthal 330'000 Franken. Ein Rehabett in Schinznach-Bad kostet aber nur 275'000 Franken und das Pflegeangebot ist dort viel umfangreicher. Wie ist dieser Preisunterschied zu erklären?

Wieso ist für Obersiggenthal eine Hotellerietaxe von Fr. 133.-- (129.-- Vorlage September 2008) nicht tragbar? In der Gemeinde Baden kostet diese heute schon Fr. 155.--, in Gebenstorf 145.-- und im Reusspark, Gnadenthal Fr. 152.--.

Im neuen Pflegegesetz wird die Finanzierung im § 14 Abs. 1 folgendermassen geregelt: Die Finanzierung der stationären Pflegeeinrichtungen erfolgt nach dem Grundsatz vollkostendeckender Tarife und Taxen. Natürlich ist es den Gemeinden selbst überlassen, solche Bauten mit einem Darlehen ohne Rückzahlungspflicht zu unterstützen. Dies soll aber nur geschehen, wenn es die finanzielle Lage der Gemeinde zulässt. Gemäss unserem Finanzplan, der ja eine hohe Verschuldung nachweist, fragen wir uns, ob ein solches Darlehen für unsere Gemeinde tatsächlich tragbar ist. Wer den Finanzplan kennt, weiss dass sich der Schuldenberg fast verdoppeln wird in den nächsten paar Jahren.

Ist es wirklich sinnvoll, dass jede Gemeinde eine eigene Demenzabteilung führt? Solche Abteilungen sind extrem teuer in Erstellung und Betrieb. Wären nicht zusammen mit Nachbargemeinden betriebene grössere Abteilungen effizienter?

Gemäss § 2 Abs. 1d) des neuen Pflegegesetzes wird eine verstärkte Nutzung von Synergien durch Kooperation und Koordination unter den Leistungserbringern der Langzeitpflege gefordert. Wäre es nicht sinnvoll hier eine regionale Zusammenarbeit mit umliegenden Gemeinden zu suchen und eine langfristige Lösung zu finden? Uns ist schon klar, dass das eine sehr aufwändige und zeitintensive Evaluation erfordern würde. Doch wir können diesen Schnellschuss nicht akzeptieren, da wir der Meinung sind, dass diese 24 Betten in der näheren Zukunft nicht ausreichen werden, wenn man die Altersstruktur unserer Gemeinde berücksichtigt.

Dürfen/sollen wir unseren Kindern einen solchen Schuldenberg überlassen? Diese in der Vergangenheit schon oft strapazierte Frage in unserem Rat muss auch bei dieser Investition zugelassen und beantwortet werden.

Spielen wir mit dieser unverändert teuren Variante nicht mit dem Feuer? Wir möchten zu bedenken geben, dass der Souverän dem heutigen Steuerfuss mit einem Zufallsentscheid von lediglich acht Stimmen zugestimmt hat. Bei diesem äusserst knappen Ergebnis würde es wohl kaum erstaunen, wenn die zahlreichen Kritiker unserer Gemeindefinanzen sich gegen dieses unverändert teure Projekt auflehnen würden.

Für uns sind das alles noch unbeantwortete Fragen. Aus diesen genannten Gründen stellt die SVP-Fraktion den Antrag, die Vorlage zurückzuweisen und lädt den Gemeinderat ein, diese offenen Fragen seriös abzuklären und zu gegebenem Zeitpunkt eine neue, angesichts der angespannten Lage der Gemeinde, kostengünstigere Variante dem Einwohnerrat zu unterbreiten.

Nochmals möchten wir festhalten, dass uns die Anliegen der alten und kranken Leute sehr am Herzen liegen, doch wir sind der Auffassung, dass die gesamte Bevölkerungsschicht ein Anrecht auf eine fundierte und kostenbewusste Lösung hat.

Michael Brandmaier: Ich denke, wir sollten auf diesen Antrag nicht eintreten weil sich die finanzielle Situation sehr zum Positiven verändert hat. Denken Sie, etwa die Hälfte dieser Projektsumme, die wir heute sprechen werden, haben wir unerwartet mehr eingenommen mit

diesem Rechnungsabschluss. Zwei Prozent Steuerfusserhöhung ermöglicht es uns, Schulden abzubauen, auch wenn wir nur die Hälfte der Steuerfusserhöhung erhalten haben. Bitte bedenken Sie das bei ihrem Entscheid.

Josef Sieber: Ich habe nur drei kleine Fragen: Der Küchenneubau, wieviel hat der nun mehr gekostet? Vorhin habe ich etwas von einer halben Million gehört. Aufgrund der Zahlen aus der Vorlage komme ich auf 1.2 Millionen, ursprünglich war die Küche mit einer halben Million aufgeführt und jetzt 1.7 Millionen. Die Steigerung ist ja massiv?!

Max Läng: Die Mehrkosten betragen 500'000 Franken.

Josef Sieber: Wir haben hier einen Betrag von 8.8 Millionen Franken. Es würde mich schon interessieren, ganz grob, wie sich die 8.8 Millionen zusammensetzen. Wir hatten schon ganz andere Vorlagen, bei welchen sehr detailliert aufgelistet wurde, was wieviel kostet. Und hier heisst es einfach pauschal 8.8 Millionen. Es wäre interessant zu wissen, wieviel die Demenz-Betten und wieviel die normalen Betten kosten, wieviel die Umgebung etc. ausmacht. Ich würde mir mehr Informationen wünschen.

Die dritte Frage: Zahlen bei der Hotellerietaxe Obersiggenthaler und Auswärtige gleich viel oder gibt es verschiedene Tarife?

Max Läng: Die Detailzahlen zum Projekt lagen im Herbst 2008 auf. Allerdings ist zu beachten, dass es sich um eine Kostenschätzung und nicht um ein Bauprojekt handelt. Aus einer Kostenschätzung kann man nicht herauslesen, wieviel ein Bett kostet. Bei diesem Planungsstand ist das noch gar nicht möglich, sondern erst bei einem ausgearbeiteten Bauprojekt und Planungskredit.

Die andere Frage betreffend auswärtiger Heimbewohner: Wir haben eine Kriterienliste, auf welcher die Aufnahme von Heimbewohnern geregelt wird. Auf dieser Kriterienliste haben Einwohner von Obersiggenthal Vorrang. Erst wenn keine Obersiggenthaler mehr auf der Liste stehen, kommen die Auswärtigen an die Reihe, zum gleichen Tarif wie Ortsansässige.

André Kummer: Was passiert, wenn die Kosten schlussendlich höher ausfallen als bisher geschätzt? Falls die Stiftung aufgrund der Mehrkosten zahlungsunfähig würde, wer müsste dann einspringen? Müssen dann die Gemeinde oder die Stiftungsräte dafür bürgen? Zweite Frage: Ich bin auch für eine kostengünstige Lösung. Aber das muss mit Vorsicht genossen werden. Es sollen nicht wie beim OSOS alle paar Jahre Folgekosten für Sanierungen anfallen. Wer kommt z.B. nach zehn Jahren für Bauschäden auf, wenn gepuscht worden ist? Hat dann die Stiftung Reserven oder kommt wieder ein Antrag an den Einwohnerrat?

Max Läng: Die Stiftung ist eine rechtlich eigenständige Körperschaft. Diese muss den Betrieb sicherstellen. Allfällige Mehrkosten sind vom Stiftungsrat respektive von der Stiftung zu tragen. Die Stiftung setzt sich aus acht Mitgliedern zusammen, davon vier Gemeinderäte inkl. Präsident. Mit anderen Worten hat der Gemeinderat ein wesentliches Mitspracherecht in dieser Stiftung. Die Stiftungsratsmitglieder sind keine Hasardeure, sondern verantwortungsbewusste Personen, die nach bestem Wissen und Gewissen diesen Bau begleiten. Dasselbe beim OSOS: Ich darf darauf hinweisen, dass in den letzten 15 Jahren in unserer Gemeinde eine ganze Reihe Bauten neu erstellt oder saniert wurden. Mit ganz wenigen Ausnahmen sind wir immer unter dem Kostenvoranschlag geblieben. Deshalb ist es für uns schwierig, wenn immer wieder verlautet wird, die Gemeinde könne nicht bauen oder sie baue schlecht. Die letzten 15 Jahre beweisen, dass das nicht zutrifft. Was du ansprichst, André, ist ein Bau aus den 70er Jahren. Nicht nur in Obersiggenthal, sondern schweizweit hat man durch die damalige Hochkonjunktur solche Bauten erlebt. Nochmal: Der Stiftungsrat ist verantwortlich und muss mit den Kosten umgehen. Ein bisschen Vertrauen sollte man in den Stiftungsrat haben, sonst kann nicht zusammengearbeitet werden.

Erich Rinderknecht: Wenn ich die SVP höre und die aktuelle Situation betrachte, muss ich sagen, dass sich seit der letzten Behandlung dieses Geschäfts im Einwohnerrat einiges zum positiven geändert hat. Einerseits wissen wir durch den Stiftungsrat und durch die Erklärungen von

Max Läng viel genauer, wie alles funktioniert. Wir sind besser orientiert als im Herbst. Grundsatzfragen hätte man vor langer Zeit stellen sollen, ob man eine andere Lösung in der Region bevorzugen würde. Diese Frage wurde damals nicht gestellt und wir hätten die Möglichkeiten gehabt. Die SVP hat es verpasst, rechtzeitig einzugreifen. Für mich ist die Situation klar. Als Einwohnerrat kann ich heute viel besser diesem Projekt zustimmen, weil danach eine Volksabstimmung folgt. Wie sollen wir mit den ausgewiesenen Kennzahlen - 22 von 24 maximal erreichbaren Punkten - unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern erklären, dass wir diese 5 Millionen nicht tragen können? Wir können jetzt ganz ruhig das Volk im September abstimmen lassen. Wenn dann ein anderer Entscheid gefällt wird, dann müssen wir ihn tragen. Aufgrund der Ausführungen von Max Läng und meinem Vertrauen in den Stiftungsrat werde ich ein klares JA zu dieser Vorlage abgeben. Ich möchte Sie ermuntern, es mir gleich zu tun.

Peter Stucki: Ich schliesse mich dem Votum von Erich Rinderknecht an. Es geht nicht darum, welches Projekt wir realisieren wollen, sondern ob wir dem Stiftungsrat eine Summe à fonds perdu zur Verfügung stellen wollen. Das ist Gegenstand der Vorlage. Das hat der Einwohnerrat im Oktober bereits gutgeheissen. Die SVP hat mehrheitlich gegen den Willen der SP eine Verknüpfung mit einer Steuerfusserhöhung gemacht und damit versucht, den Stimmbürger zu entmündigen. Juristisch mag das korrekt sein, aber sachlich war es ganz sicher falsch. Wir haben heute die komische Situation, dass der Einwohnerrat versucht, eine Volksabstimmung gutzuheissen, die bereits stattgefunden hat. Das ist das Resultat der Verknüpfung, die damals beschlossen wurde. Kann der Einwohnerrat noch in irgendeiner Art und Weise glaubwürdig sein und ernst genommen werden? Wenn wir heute nein sagen zu einem Antrag, den das Volk bereits angenommen hat und die Auflage, welche vom Einwohnerrat kam, den Steuerfuss zu erhöhen, was vom Volk angenommen worden ist. Es war nicht der Prozentsatz, den wir uns gewünscht haben. Aber wir haben nun einen positiven Rechnungsabschluss, welcher ja eigentlich die Summe schon wieder aufhebt. Es ist doch eine Frage der Glaubwürdigkeit des Einwohnerrates und der Personen, ob hier nun ja oder nein gesagt wird. Ich glaube, wenn ich die Argumentation der SVP höre - entschuldigen Sie die harte Formulierung - wenn die SVP nein sagt, dann interessiert sie sich auch nicht für die Anliegen der älteren Mitbewohner. Die SP stimmt dem Antrag des Gemeinderates geschlossen zu und lehnt den Antrag der SVP ab.

Stefan Hitz: Wir reden von 5 Millionen. Das gibt sicher Mehrkosten respektive Folgekosten. Wir bezahlen jetzt schon zirka 400'000 Franken Betriebsdefizit ans Heim. Danach müssen wir noch mehr bezahlen, denn es braucht auch mehr Personal und das gibt wiederum mehr Betriebskosten. Es kann mir keiner sagen, dass es günstiger wird, wenn der Neubau fast gleichgross ist wie der Alte.

Max Läng: Es gibt einen Systemwechsel. Beim jetzigen Alterswohncentrum hat man die Regelung getroffen, dass die Gemeinde die Amortisation übernimmt. Diese dauert 20 Jahre. Jetzt haben wir eine andere Situation. Wenn die 5 Millionen der Stiftung zur Verfügung gestellt werden, gibt es keine Folgekosten für die Gemeinde. Die Stiftung erstellt den Bau und muss als eigenständige Körperschaft den Betrieb sicherstellen. Die Gemeinde ist nicht daran beteiligt. Ich weiss nicht, woher diese fälschliche Meinung kommt.

Stefan Hitz: Wieso bezahlen wir dann jetzt Betriebskosten?

Max Läng: Weil die Gemeinde vor 15 oder 20 Jahren sich verpflichtet hat, die Amortisation der Baukosten zu übernehmen. Jetzt haben wir eine andere Situation. Darum haben wir das auch so geplant. Wir finden es sinnvoller, einen einmaligen Betrag zu sprechen, als eine Amortisation über 20 Jahre in der Rechnung mitzutragen.

Josef Sieber: Ich will hier nicht das Volksabstimmungsresultat interpretieren. Die Aufgabe des Rates ist es, die Vorlage zu beurteilen und zu hinterfragen, und auch die Kosten zu hinterfragen. Das ist sicher eher unsere Aufgabe als die des Volkes. Am 2. Juni war ein Artikel in der Zeitung über das Alters- und Pflegeheim Schenkenbergertal. Es geht nicht um die Reha-Klinik Schinznach, sondern um das Alters- und Pflegeheim Schenkenbergertal. Dort werden 12 Demenzbetten gebaut, also im Prinzip das gleiche Projekt wie bei uns, nur etwas kleiner. Wir

bauen doppelt so viele Betten und normale Betten dazu. Wenn man hier die Bettkosten ausrechnet, so kommt man auf 230'000 Franken und bei uns kommt man auf Grössenordnung 400'000 Franken. Mich würde schon interessieren, warum es bei uns so viel kostet und ich kann dieser Vorlage nicht mit gutem Gewissen zustimmen.

Andreas Schweizer: Nach § 14 unseres Geschäftsreglements kann man bei solchen Geschäften Sachverständige in den Rat einladen, um Rede und Antwort zu stehen. Darum bitte ich nun Meinrad Stöckli zur Diskussion.

Ursula Haag: Warum versucht man nicht mehr, eine Regionalisierung anzustreben? Warum muss jede Gemeinde eine Demenzabteilung haben? Man weiss, dass in der Pflege das Personal das teuerste ist und meines Wissens wäre es sinnvoller, wenn man Dementenabteilungen auf eine Region zusammenfassen würde und nicht jede Gemeinde ein paar Betten aufstellt, um ihre dementen Personen dort unterzubringen. Obersiggenthal hat ja auch kein Spital. Ich weiss von Badener Einwohnern, welche sich ernsthaft mit dem Problem befassen, denn mit der Fusion mit Neuenhof hätten sie drei Pflegeheime, bei welchen sie die Vollkostenrechnung machen müssen. Das ist für sie eine unlösbare Aufgabe, diese drei unter einen Hut zu bringen. Denn man muss an allen drei Standorten das Pflegepersonal haben, welches immenses Geld kostet. Ich frage mich nun, wieso wir in Obersiggenthal auch wieder einen Extrazug fahren.

Dr. Meinrad Stöckli: Danke, dass ich hier Stellung nehmen darf. Es ist nicht ganz einfach, hier zuzuhören und nicht antworten zu dürfen.

Zur ersten Frage, warum wir eine Demenzabteilung benötigen. Das ist ganz einfach, wir haben schon sehr viele Demenzpatienten bei uns im Haus. Diese werden nicht einmal einen Teil einer spezialisierten und auf ihre Bedürfnisse eingerichtete Abteilung, vor allem mit einem Demenzgarten, belegen können. Dadurch können wir ihnen eine bessere, ihren Bedürfnissen angepasste Umgebung, anbieten. Das Bedürfnis ist bereits heute schon gegeben. Wir haben die nötigen Weglaufsicherungen. Wenn man eine spezialisierte Abteilung hat, wird das durch die Architektur sichergestellt und man muss die Bewohner weniger zurückhalten oder mit Medikamenten ruhigstellen. Man kann die Personen im Prinzip machen lassen. Von den Kosten her ist das ein grosser Unterschied. Es gibt dann kein Demenzbett und kein normales Bett. Es sind alles Pflegebetten. Es gibt ja auch Patienten, die körperlich sehr pflegebedürftig sind. Das macht keinen grossen Unterschied. Der wesentliche Unterschied liegt in der architektonischen Gestaltung, dem Demenzgarten, der einen gesicherten Bewegungsfreiraum gewährt. Mit der zunehmenden Überalterung - auch in unserer Gemeinde - wissen wir, dass der Prozentsatz der pflegebedürftigen Menschen, die an Demenzkrankheiten leiden, noch wesentlich steigen wird. Ich selber habe mich zehn Jahre lang um meine Mutter gekümmert, die mich nicht mehr gekannt hat. Ich habe verschieden Angehörige und Bekannte, die dasselbe Schicksal teilen. Es wird zum ganz normalen Zustand werden, dass man demenzkranke Angehörige haben wird. Ich möchte diese nicht irgendwo in einer spezialisierten Anstalt versenken lassen, in welcher 100 Leute untergebracht und versorgt werden, vielleicht möglichst weit weg. Sondern wir möchten sie bei uns haben, damit man ihnen emotional begegnen kann. Das geht nicht, wenn sie irgendwo abgeschottet werden.

Der Punkt der Kosten: Diese Kostenschätzung beruht auf einem Raumprogramm. Der wesentlichste Teil sind die Zimmer. Ein Zimmer ist 16 m² Wohnfläche und 4 m² Nasszellen. Auf 16 m² muss ein Pflegebett Platz haben, man muss mit einem Rollstuhl darum herumfahren können, das Bett muss für die Betreuung beidseitig zugänglich sein. 16 m², auf denen ein Mensch möglicherweise jahrelang leben wird. Diese 16 m² für ein Zimmer liegen an der unteren Grenze von dem, was man heute in Heimen macht. Wir sind sehr sparsam. Anderen Luxus kenne ich nicht. Die Geschossfläche wird mit dem Baukostenindex multipliziert und so ergeben sich die Millionen. Dazu kommen die Gemeinschaftsbereiche, welche nach den einschlägigen Normen des Kantons berechnet werden. Wenn jemand glaubt, man könne die Zimmer noch verkleinern, dann ist es schlicht und einfach nicht mehr brauchbar, nicht mehr zumutbar und wahrscheinlich auch gar nicht zulässig. Behalten sie die 16 m² im Auge. Zum darin leben, vielleicht jahrelang.

Zum Betriebsdefizit: In der Rechnung werden 400'000 Franken abgeschrieben. Das AWZ verlangt von der Gemeinde gar nichts. Wir überweisen jährlich 100'000 Franken an die Gemeinde als unseren Beitrag an die Amortisation der dazumal festgelegten Beiträge. Das Defizit belastet die Gemeinde nicht. Es hat die Gemeinde in der Vergangenheit nicht belastet und wird es in der Zukunft nicht belasten. Das AWZ wird mit finanziellen Aufgaben kämpfen müssen. Bei der Sanierung der APK-Lasten mussten wir auch mithelfen. Wir haben nicht bei der Gemeinde angefragt, wie es andere gemacht haben. Wir werden auch in Zukunft die Gemeinde nicht belasten. Bei der Sanierung sind einige Überraschungen aufgetaucht. Wir haben die Gemeinde nicht belastet. Wir haben unsere Kosten übernommen.

Hans-Ulrich Schütz: Ich unterstütze Herrn Stöckli und ich möchte daran erinnern, dass es eine sehr gute Information gab im letzten Jahr. Es wurden viele Fragen geklärt. Mich überrascht es, wenn der Fraktionssprecher der CVP, welcher im letzten Protokoll gesagt hat "das Projekt genießt die volle Unterstützung der CVP-Fraktion", jetzt noch solche Fragen stellt. Nach der damaligen Information im Gässliacker bin ich überrascht, ob diese Fragen wirklich noch offen sind, oder ob es Taktik ist, um das Geschäft zu verschieben.

Wir wissen, dass wir in einer demographisch eher überalterten Gemeinde leben. Es wurde gesagt, dass viele Bewohner nicht mehr in der Gemeinde untergebracht werden können. Aus diesem Aspekt ist es spitzfindig, diese Fragen wieder zu stellen. Ich bitte Sie, mein Kollege hat es gesagt, das Projekt ist im letzten Jahr sehr sorgfältig erläutert worden. Es hat sich an den Entscheidungsgrundlagen nichts verbessert, ausser der Tatsache, dass die finanzielle Situation der Gemeinde besser ist. Ich bitte Sie, im Interesse der Betroffenen - ich kann persönlich mitreden, weil ich meine Mutter im Altersheim hatte - lassen sie diese nicht im Stich.

André Ecabert: Wir verlieren uns in einer Diskussionsdebatte. Im letzten Herbst haben wir das Geschäft behandelt. Der Einwohnerrat hat ganz klar dazu Stellung bezogen. Und, etwas ganz Wichtiges, man hat sogar den Volkswillen. Und der Volkswille steht über dem Einwohnerrat. Und das Volk hat ganz eindeutig gesagt, wie das Geschäft laufen soll. Das Volk hat zugesagt. Ich weiss nicht, was der Einwohnerrat im Moment für eine Taktik übt, auf einer Seite Verzögerungstaktik, das hin und her ist müssig und dem Rat nicht würdig. Der Volkswille ist vorhanden. Bitte beachten Sie dies bei der Abstimmung über den Rückweisungsantrag der SVP.

Walter Leder: Es ist in der CVP erlaubt, die Meinung zu ändern. Ich möchte feststellen, dass eine Mehrheit der CVP hinter dem Antrag des Gemeinderates steht und ich bitte Sie, den Antrag der SVP zurückzuweisen. Ich möchte auch darauf hinweisen, was André Ecabert und andere Votanten bereits gesagt haben: Das Volk hat mit fast 70 % diesem Projekt zugestimmt, trotzdem haben sie die mit der Vorlage verknüpften 100 % Steuerfuss abgelehnt, aber das heisst ja nicht, dass das Volk das Alters- und Pflegeheim nicht wollte. Für mich ist der Volkswille wichtig. Wir müssen diesen umsetzen. Darum bitte ich Sie, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Willi Graf: Der Hauptpunkt bei diesem Projekt ist eine Vertrauensfrage gegenüber dem Stiftungsrat und dem Gemeinderat. Ich persönlich habe dieses Vertrauen. Mit diesem Vertrauen übergeben wir auch eine grosse Verantwortung, welche vom Stiftungsrat und vom Gemeinderat getragen werden muss. Es ist einfacher, mit dem eigenen Geld zu wirtschaften als mit geschenktem. Durch die Schenkung steht man überall auf dem Präsentierteller und muss Rechenschaft über die Ausgaben ablegen. Das Vertrauen gebe ich dem Stiftungsrat und dem Gemeinderat und darum bitte ich Sie, den Antrag der SVP abzulehnen und dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Andreas Schweizer: Wir stimmen als erstes über den Rückweisungsantrag der SVP ab.

Der Rückweisungsantrag der SVP wird mit 24 zu 12 Stimmen abgelehnt.

Erich Schmid: Ich habe einige Fragen zur Vorlage: Wir sind in den letzten Jahren mit sehr guten Vorlagen verwöhnt worden. Den Einwohnerrat hat es nicht befriedigt, weil man auf die Vorlage aus dem letzten Oktober zurückgegriffen hat. Es ist mühsam, wenn man zwei Vorlagen vergleichen muss, um zu sehen, was sich geändert hat. Max Läng hat das nachgeholt und das Thema ist erledigt.

Ich habe noch eine Frage: Wir haben das letzte mal ein Darlehen gutgeheissen von 4.7 Millionen. Wieviel hat die Stiftung dort schon in Anspruch genommen? Ist es schon in Anspruch genommen worden und wenn ja wie viel. Die Kostengenauigkeit ist im letzten Oktober mit plus/minus 20 Prozent angegeben worden. Ist das auf Stufe Vorprojekt? Mir ist nicht klar, auf welcher Stufe wir sind.

Max Läng hat gesagt, in Untersiggenthal ist der Ansatz beim Neubau 130 Franken. Ist das auch ein Mischansatz?

Im letzten Oktober hat die CVP einen Antrag gestellt bezüglich einer 50 % Klausel, der mehrheitlich angenommen wurde. Ich stelle wieder den selben

Antrag

Die Einwohnergemeinde beteiligt sich an der Erweiterung des AWZ zu 50 % als Subvention - ohne Rückzahlungspflicht - bis zu einem maximalen Betrag von 5 Millionen Franken.

Die Begründung ist die selbe wie vor einem Jahr: Sofern die Erweiterung mit geringeren Kosten erstellt werden kann, so würde sich mit dem Antrag des Gemeinderates "lediglich" die Belastung seitens AWZ reduzieren, die Einwohnergemeinde wäre an den tieferen Kosten nicht beteiligt.

Max Läng: Wir haben mit der Stiftung einen Zahlungsplan vereinbart. Bis jetzt wurden Fr. 500'000 bezahlt. Wir haben keine höhere Kostengenauigkeit. Die Architekten haben das zwar überprüft, aber wir sind immer noch auf dem Stand Projektierung. Nach meinem Wissensstand gibt es keinen Mischansatz. Wer das Altersheim kennt, weiss, dass der Altbau sehr stark abfällt gegenüber dem Neubau. Wir haben eine sehr gute Qualität im Altbau. Das war auch der Grund, warum wir verantworten können, dass ein Neubau angehängt wird.

Erich Schmid: Im Vergleich haben wir eine grosse Kostendifferenz. Wer in Untersiggenthal wohnt zahlt 130 Franken im Neubau und bei uns wären es 170 Franken gemäss Vorschlag vom letzten Oktober. Das sind 30 % mehr. Das ist das, was viele nicht verstehen, auch im Vergleich mit anderen Heimen.

Max Läng: Diese Vergleiche können keine Auskunft geben. Z.B. bei Untersiggenthal: War das Land schon in ihrem Besitz oder mussten sie es noch kaufen. Diese Vergleiche könnten wir erst machen, wenn wir beide Projekte auf den gleichen Stand bringen könnten.

Erich Schmid: Aber du hast gesagt, es ist in der gleichen Grössenordnung.

Max Läng: Ja, die Hotellerie-Kosten. Diese Beträge sind vergleichbar. Wenn ein Heimbewohner in Untersiggenthal eintritt, bezahlt er praktisch gleich viel wie bei uns im Altersheim. Zum den anderen Vergleichen kann ich keine Auskunft geben, weil ich die Bauprojekte nicht kenne.

Franziska Grab: Wie eingangs schon erklärt, stehen wir zur älteren Bevölkerungsschicht in unserer Gemeinde. Wie im Rückweisungsantrag bereits erwähnt, finden wir die Preise für ein neues Pflegebett zu hoch. Auch die Hotellerietaxe von Fr. 133.-- wäre nach Vergleichen mit anderen Gemeinden tragbar. Wir sind der Auffassung, dass eine Subvention von 3 Mio. Franken auch genügen würde, um dieses Projekt in einer weniger kostenintensiven Weise umzu-

setzen. Wir denken, wenn der Erweiterungsbau nochmals genau kalkuliert und Wünsche von Notwendigem getrennt werden, dass das Projekt sicher auch mit weniger Geld umgesetzt werden kann. Deshalb stellen wir den

Antrag,

den Betrag von 5 Mio. Franken zulasten der Einwohnergemeinde an das Alterswohncentrum Gäsliacker als Subvention - ohne Rückzahlungspflicht - auf 3 Mio. Franken zu reduzieren.

André Ecabert: Die beiden Vergleiche, die durch Erich Schmid und Josef Sieber angestellt wurden in Bezug auf das Schenkenbergertal können nicht standhalten. Ich kenne die Situation im Schenkenbergertal und es ist ein ganz anderer Bau, eingeschossig für 11 bis 12 Betten und lebt mit der Infrastruktur vom nebenstehenden Alters- und Pflegeheim. Es ist also absolut nicht vergleichbar. Der Gemeindeammann hat bereits versucht zu erklären, dass die Schwierigkeit darin besteht, solche Bauprojekte vergleichen zu wollen.

Erich Rinderknecht: Ist es fair, wenn wir jetzt die Spielregeln ändern wollen? Ich bin der Meinung, der Rat hat 5 Millionen gesprochen. Und wir können uns das momentan leisten. Ich bin nicht bereit, die Spielregeln zu ändern und den Stiftungsrat so unter Druck zu setzen. Wir können das, auch weil nachher eine Volksabstimmung folgt. Den Antrag von Erich Schmid würde ich nicht goutieren, weil wir die getroffenen Abmachungen einhalten wollen und die Volksabstimmung wird unseren Ratsbeschluss ganz sicher bestätigen.

Michael Weber: Wenn wir die 5 Millionen nicht gutheissen sondern einfach die Zahl abändern, setzen wir den Stiftungsrat enorm unter Druck. Wie Max Läng gesagt hat: Der Stiftungsrat muss nachher mit dem Geld auskommen. Mehrkosten muss er selber finanzieren. Wenn wir den Betrag nun um 2 Millionen kürzen, setzen wir ihn massiv unter Druck und es stellt sich die Frage, ob man das Projekt überhaupt realisieren kann. An der Information im letzten August wurde schon die grundsätzliche Frage aufgeworfen: Wollen wir diese Leute bei uns in der Gemeinde oder nicht? Wenn wir sie wollen, geben wir dem Stiftungsrat diese 5 Millionen, damit er einen guten Bau machen kann und diese Leute später hier betreut werden können.

Bei den Vergleichen der Hotellerietaxen muss beachtet werden, dass wenn unsere Hotellerietaxen tiefer sind als bei den umliegenden Gemeinden, und unsere Leute in den Nachbargemeinden untergebracht werden müssen, dann bezahlen wir ja mehr als jetzt. Es fällt einfach nicht so auf, weil es in der laufenden Rechnung ausgewiesen wird. Ich bin dafür, dass wir dem Stiftungsrat die 5 Millionen zusprechen. Danach folgt eine Volksabstimmung. Das Volk hat eigentlich bereits diesem Betrag zugestimmt.

Ich möchte zu der Verknüpfung von Steuerfuss und Kredit etwas sagen. Ich bin der Meinung, dass zum damaligen Zeitpunkt die Verknüpfung gerechtfertigt war, weil die finanzielle Lage damals anders aussah. Das Volk hat seinen Willen gezeigt. Darum sollten wir im Einwohnerrat zum Projekt, dem das Volk bereits zugestimmt hat, wieder zustimmen.

Max Läng: Zum Antrag von Erich Schmid. Der Antrag wurde bereits letztes Mal abgelehnt und der Gemeinderat lehnt auch jetzt wieder ab. Es ist gar keine Anregung zum Sparen für den Stiftungsrat.

Therese Schneider: Ich möchte ein Votum abgeben bezüglich der regionalen Zusammenarbeit bzw. dem Vergleich der Hotellerietaxen. Mittel- bis langfristig können wir Obersiggenthaler Einwohner nicht in regionalen Heimen unterbringen. Wir müssten uns bei den Heimen einkaufen. Im regionalen Pflegeheim steht schon ein Antrag im Raum, dass sich die Gemeinde Obersiggenthal am Heim beteiligt. Bei den Hotellerietaxen sind wir mit Fr. 130 günstig im Vergleich zu anderen mit Fr. 150. Wir haben im Regionalen Pflegeheim eine Umfrage gemacht, wer die Kosten selber tragen kann und wer von Ergänzungsleistungen, Hilflosenentschädigung und Sozialhilfe unterstützt wird. Es sind 44 % im regionalen Pflegeheim, die die Kosten nicht mehr selber tragen können. Wenn wir die Kosten erhöhen, werden wir indirekt über die Sozial-

hilfe Mehrkosten haben. Längerfristig werden wir uns in anderen Heimen einkaufen müssen. Längerfristig werden wir die Bewohner unterstützen müssen.

Franziska Grab: Habe ich das richtig verstanden, du hast die Hotellerietaxen verglichen? Bei Pflegefällen wären doch die Pflegekosten die höchsten Kosten, welche nicht mehr bezahlt werden könnten, und nicht die Hotellerietaxen.

Therese Schneider: Das regionale Pflegeheim gilt als Krankenhaus und die Pflegekosten werden zu 100 % bezahlt und bei uns sind es gemäss KVG 50 %. Wie man sieht, kann man diese Kosten nicht miteinander vergleichen. Deshalb haben wir die Hotellerietaxen als Vergleich herangezogen. Diese sind vergleichbar. Die Gesamtkosten, also Pflegekosten und Hotelleriekosten, können nicht miteinander verglichen werden, weil die Heime unterschiedlich abrechnen, die einen mit BESA, die anderen mit RAI.

Peter Stucki: Dementkranke könnte man im Zelt halten, sie merken es aufgrund der Krankheit ja nicht. Es geht um die Angehörigen. Um die Würde des kranken Menschen und die Angehörigen, die diesen Menschen noch immer respektieren und lieben, um diese geht es. Es soll ihnen eine Möglichkeit gegeben werden, damit sie ihre Angehörigen in einem akzeptablen Rahmen wahrnehmen können. Für die Angehörigen wollen wir das Geld ausgeben, nicht für die Betroffenen. Diese realisieren nichts mehr.

Andreas Schweizer: Ich möchte die Abstimmung folgendermassen durchführen: Der Antrag der SVP, welcher 3 oder 5 Mio. besagt, wird zuerst bereinigt. Nachher werden wir die beiden Anträge, den von Erich Schmid und den vom Gemeinderat einander gegenüber stellen.

Abstimmung

Der Antrag der SVP, der Betrag von 5 Mio. Franken zulasten der Einwohnergemeinde an das Alterswohntzentrum Gäsliacker als Subvention - ohne Rückzahlungspflicht - soll auf 3 Mio. reduziert werden, wird mit 9 Ja- zu 27 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Antrag des Gemeinderates, der Betrag von 5 Mio. Franken zulasten der Einwohnergemeinde an das Alterswohntzentrum Gäsliacker als Subvention - ohne Rückzahlungspflicht - sei zu genehmigen, wird mit 16 Ja-Stimmen, und der Antrag von Erich Schmid, CVP, die Einwohnergemeinde beteiligt sich an der Erweiterung des AWZ zu 50 % als Subvention - ohne Rückzahlungspflicht - bis zu einem maximalen Betrag von 5 Mio. Franken, mit 18 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Schlussabstimmung:

Der Antrag von Erich Schmid, CVP, die Einwohnergemeinde beteiligt sich an der Erweiterung des AWZ zu 50 % als Subvention - ohne Rückzahlungspflicht - bis zu einem maximalen Betrag von 5 Mio. Franken, wird mit 26 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen angenommen.

Die Genehmigung unterliegt dem obligatorischen Referendum.

Hans-Ulrich Schütz: Ich möchte eine Präzisierung respektive ein Rückkommen beantragen. Es geht um eine Beteiligung an der Finanzierung des Alterswohntzentrum Gäsliacker und nicht um eine Beteiligung an der Erweiterung. Es mag eine Bagatelle sein, aber sprachlich wäre es korrekt und unmissverständlich. Der Antrag würde heissen: Die Einwohnergemeinde beteiligt sich an der Finanzierung des Alters- und Wohnzentrums Gäsliacker zu 50 %... Die aktuelle Textform lässt die Interpretation zu, ob der Gemeinderat als Bauherr auftreten müsste und die korrigierte Version schliesst das aus.

Ich beantrage ein Rückkommen. Materiell ändert sich nichts, nur sprachlich wird der Text angepasst.

Andreas Schweizer: Für ein Rückkommen sind 2/3 der Einwohnerräte notwendig. Das sind 24.

Abstimmung

Dem Antrag auf ein Rückkommen wird lediglich mit 23 Stimmen zugestimmt. Das notwendige Mehr von 2/3 oder 24 Einwohnerräten wird nicht erreicht.

Der Antrag unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

7 2006.58 **Postulat Patrick Hehli (SVP) vom 12. September 2006 betreffend Konzept für Massnahmen gegen den Missbrauch der Sozialhilfe**

Eintreten wird nicht bestritten.

Ursula Haag: Patrick Hehli ist abwesend. Er hat mich gebeten, seine Stellungnahme vorzulesen: "Als ich das Postulat eingereicht habe, bin ich davon ausgegangen, dass es in unserer Gemeinde viele Verstösse gegen die Sozialhilfeauflagen hat. Mir ging es mehr darum, ein Instrument im präventiven Bereich zu schaffen. Dass die Gemeinde sich an einem Pilotversuch beteiligt war mir zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt. Die Ergebnisse dieses kantonalen Projekts stimmen mich sehr zufrieden auch wenn die Zahlen kleiner sind als erwartet, aber sie haben meine Erwartungen bei weitem übertroffen. Mit dem Antrag des Gemeinderates kann ich mich voll und ganz identifizieren und bitte Sie diesen Anträgen zuzustimmen. Das Postulat kann mit der Weiterführung des Aussendienstmitarbeiters mit gutem Gewissen von der Kontrolle abgeschrieben werden."

Andreas Schweizer: Ich schlage vor, über alle Anträge gemeinsam abzustimmen. Gibt es Wortmeldungen?

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Die Anträge

- **Der vorliegende Bericht des Gemeinderates wird gutgeheissen.**
- **Der Aussendienst sei weiterzuführen und ein Betrag von Fr. 15'000.00 auf das Jahr 2010 zu budgetieren.**
- **Auf den generellen Einsatz von Sozialhilfeinspektoren sei zu verzichten. Bei konkreten Verdachtsfällen wird vom Gemeinderat angeordnet als flankierende Massnahme die Polizei oder ein privates Detektivbüro eingesetzt. Diese Kosten werden separat ausgewiesen. werden mit grossem Mehr angenommen und das Postulat wird von der Kontrolle abgeschrieben.**

Die Genehmigung unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

8 2008.107 Postulat Linus Egger (CVP) vom 24. Juni 2008 betreffend Verhinderung von Missbrauchsfällen bei der Sozialhilfe durch Arbeitseinsätze

Eintreten wird nicht bestritten.

Linus Egger: Die Antwort des Gemeinderates ist nur bezogen auf unsere Gemeinde. In meinem Postulat wird aber auch darauf hingewiesen, dass man eine regionale Lösung anstreben soll. Es ist mir klar, dass innerhalb einer Gemeinde Grenzen gesetzt sind. Zusammenarbeit mit Wendepunkt und Stollenwerkstatt wäre möglich. Das kostet zwar etwas, aber es gibt keine Investition, die nichts kostet. Dass im Aargau ein anderes Gesetz als in Zürich gilt, hat mich überrascht. Das Winterthurer Modell scheint erfolgreich zu sein. In der Zwischenzeit hat Zürich dieses Modell übernommen. Was im Kanton Zürich gut und erfolgreich ist, ist bestimmt für den Aargau nicht schlecht. Die Obersiggenthaler Grossräte könnten in dieser Sache im Grossen Rat aktiv werden um eine Gesetzesänderung zu verlangen. Im letzten Abschnitt in der gemeinderätlichen Begründung steht, dass die anliegenden Gemeinden kein Interesse an diesem Projekt haben. Scheinbar wurde in den betroffenen Gemeinde- oder Stadträten dieses Projekt nicht behandelt, sondern bereits von den zuständigen Ressortvorstehern abgewiesen. Das erstaunt mich sehr. Aus erwähnten Gründen bitte ich den Rat, das Postulat nicht abzuschreiben.

Therese Schneider: Das Postulat kam zu der Zeit, als wir beim Sozialdienst die Strategie und Ausrichtung geprüft haben. Wir haben das intern intensiv diskutiert. Ich habe daraufhin mit den umliegenden Gemeinden Kontakt aufgenommen, vor allem mit den Gemeinden, die sich ebenfalls am Aussendienst-Projekt beteiligen. Es ist richtig, das Interesse war sehr lahm bis ablehnend. Der allgemeine Tenor lautete, dass die Kapazitäten in den bestehenden Verwaltungseinheiten nicht zur Verfügung stehen und dass die Gemeinden die externen Programme berücksichtigen müssten.

Wieso eignet sich das Modell Winterthur nicht für unsere Gemeinde? Die Winterthurer Verhältnisse sind mit unserer Gemeinde nicht vergleichbar. Winterthur ist viel grösser, anonymer, hat eine höhere Dichte von Sozialfällen, ist eine Stadt. Es ist nicht verwunderlich, dass die Stadt Zürich das Modell übernimmt, denn es ist gerechtfertigt. Ich stelle auch nicht in Abrede, dass Winterthur einen Nutzen herstellen konnte. Für mich nicht nachvollziehbar war, ob wirklich ein Zusammenhang besteht mit den Arbeitseinsätzen und der Tatsache, dass diese Personen später eine Stelle gefunden haben. Dies konnte nicht belegt werden.

Linus hat es bereits gesagt, die gesetzlichen Grundlagen fehlen bei uns. Wir können sie auch nicht von heute auf morgen ändern. Der kantonale Sozialdienst ist nicht gross erpicht auf dieses Projekt und wird keinen Druck auf die Regierung ausüben. Mittel- bis langfristig wird vom Kanton kein Anlass zum Wandel gegeben.

Was noch hinzukommt, ich habe es bereits erwähnt, die Verwaltung ist heutzutage von der zeitlichen Belastung her nicht in der Lage, zusätzliche Betreuung zu übernehmen. Im Forst ist es aus Sicherheitsgründen gar nicht möglich. Ich weiss nicht, ob Winterthur einen andern Wald hat oder andere Arbeiten. Das Kosten/Nutzenverhältnis ist nicht in dem Masse gegeben, dass sich dies positiv für uns auswirken würde.

Erich Schmid: Im Bericht des Gemeinderates, auf der letzten Seite, im letzte Abschnitt, worin es um Möglichkeiten zur Förderung von Personen geht, die mit Kürzungen oder Einstellung der Sozialhilfe nicht erreicht werden können. Es gibt einen gewissen Prozentsatz von Personen, denen einfach die Einstellung fehlt, und genau diese Personen nerven die Bevölkerung. Was gedenkt der Gemeinderat in dieser Sache zu unternehmen? Wir haben viele Doppelfunktionäre im Gemeinderat, welche im Grossen Rat vorstössig werden könnten.

Max Läng: Ich werde das zusammen mit Marie-Louise Nussbaumer besprechen. Allerdings, wenn ich sehe, mit welchen Vorstössen der Grosse Rat und die Verwaltungen beschäftigt werden, bin ich zurückhaltend und würde vorher Abklärungen machen wollen. Wenn es notwendig würde, könnte man einen Vorstoss machen. Momentan bin ich nicht in der Lage festzustellen, ob es notwendig ist oder nicht.

Erich Rinderknecht: Zum Zeitpunkt, als uns die beiden Postulate vorgelegt worden sind, haben wir eine sehr aktuelle Mediensituation gehabt in Sachen Sozialdienst, das darf man auch nicht vergessen. Was nützt jetzt das, wenn wir das Postulat nicht abschreiben und als Papierleiche in unseren Pendenzen halten? Anfänglich konnte ich diesen Motionen auch zustimmen. Die nun vorliegenden Antworten sind detailliert und ausgewiesen. Sie sind auf unsere Gemeinde abgestimmt und wir haben momentan keine andere Handhabe. Wir müssen Aufwand und Ertrag vergleichen. Wir müssen das für den Moment abschreiben, und wenn es wieder ein Thema wird, kann der Einwohnerrat darüber beschliessen.

Therese Schneider: An der Strategiesitzung mit dem Sozialdienst wurde das Thema besprochen. Sozialarbeiter laufen Gefahr, ein Aggressionspotential zu bilden. In diesem Beruf ist das nicht tragbar. Wir prüfen genau, wo Auflagen gemacht werden können und diese werden dann auch gesprochen. Wenn Personen beschäftigt werden können, dann wird dies gemacht. Sozialhilfe mit Gegenleistung. Nach unseren Möglichkeiten und im genannten Rahmen führen wir diese Massnahmen durch. Parallel dazu haben wir über persönliche Beziehungen (man nennt das niederschwellige Angebote öffnen) einzelne Jobs vermitteln können.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Den Anträgen,

- **der vorliegende Bericht des Gemeinderates wird gutgeheissen,**
 - **die bereits vorhandenen Massnahmen zur Verhinderung von Missbrauchsfällen in der Sozialhilfe genügen, und**
 - **das Postulat wird von der Kontrolle abgeschrieben,**
- wird je einzeln mit grossem Mehr zugestimmt.**

Die Genehmigung unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

9 2008.117 Motion Erich Schmid (CVP) vom 30. Mai 2008 Varianten bei Vorlagen zur Sanierung von Quartierstrassen

Eintreten wird nicht bestritten.

Erich Schmid: Ich bin mit dem Antrag des Gemeinderats einverstanden. Der Vorschlag wird nun umgesetzt.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Das Postulat von Erich Schmid (CVP) vom 30. Mai 2008 betreffend Varianten bei Vorlagen zur Sanierung von Quartierstrassen wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Die Genehmigung unterliegt nicht dem fakultativen Referendum.

10 2009.139 Umfrage

Hansruedi Hess: Seit einiger Zeit leben sich meine Partei, die SVP, und ich auseinander. Auf Schweizerischer Ebene schon lange, kantonal seit einiger Zeit und nun auch in der Ortspartei. Gerade die allerletzten Vorgänge bringen mich dazu, heute Abend den sofortigen Austritt aus der SVP Obersiggenthal bekannt zu geben. Ich werde weiterhin im Gemeinderat politisieren. Ich muss meine Haltung nicht ändern. Die Partei spielt im Gremium keine grosse Rolle, es kommt auf die eigene Haltung an zu den politischen Fragen. Ich konnte feststellen, dass andere Parteien meiner Haltung und meinen Ansichten näher stehen. Im Herbst werde ich nochmals kandidieren, ob parteilos oder nicht sei noch dahingestellt. Ich werde in nächster Zukunft frei politisieren. Danke für Ihr Verständnis.

Michael Weber: An verschiedenen Orten im Dorf wurden neue Sitzbänke aufgestellt. Meiner Meinung nach sind diese für ältere Personen gedacht, damit sie sich auf ihrem Weg kurz ausruhen können. In der Nähe meines Hauses wurde eine Sitzbank montiert. Ein paar Meter weiter hat es bereits Sitzmöglichkeiten. Die Sitzbänke werden vor allem von jungen Leuten benutzt. Das stört zwar niemanden, aber sie hinterlassen oft eine Schweinerei um die Sitzgelegenheiten. Ich bin der Meinung, dass wir als Anwohner nicht für die Entsorgung des Abfalls zuständig sind. Es macht einen schlechten Eindruck, wenn Abfall herumliegt. Ich möchte wissen, ob es weitere solche Bereiche mit Sitzgelegenheiten gibt, die ebenfalls mit diesem Problem kämpfen. Wenn ja, was gedenkt der Gemeinderat in dieser Angelegenheit zu unternehmen? Ich erkläre mich bereit, die Sitzbank bei unserem Haus sauber zu halten, aber die Entsorgung des Abfalls soll nicht auf meine Kosten erfolgen. Vielleicht könnte ein Abfalleimer montiert werden?

Zum Verkehr möchte ich anmerken: In der Zeitung war ein guter Bericht über den Verkehr. Seit der Brücke hat es eine Verkehrszunahme gegeben. Das ist nicht weiter verwunderlich. Was mich aber doch gewundert hat, war die Aussage, dass es sich um selbstproduzierten Verkehr handelt. Dieser hat um über 30 % zugenommen. Wenn ich das hochrechne, kann es nicht stimmen, denn wir haben gar nicht so viele Autos in unserer Gemeinde. Wo könnten diese 30 % verursacht werden? Ich habe mich ziemlich über diesen Bericht aufgeregt. Ich glaube nicht, dass der Bericht die Tatsachen widerspiegelt. Sonst müssten wir wirklich mal in Untersiggenthal die Strassen dicht machen und sehen, ob wirklich 30 % mehr Verkehr aus Obersiggenthal kommen. Vielleicht hat der Gemeinderat einen Einfluss auf die Berichterstattung und kann diese Zahlen korrigieren lassen.

Max Läng: Ich kann diese 30 % nicht erläutern. Ich habe den Baudirektor zitiert, der an der Grossratssitzung mit dem Vorstoss Martinsbergtunnel unsere Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht hat, dass das Hauptverkehrsaufkommen an der Landstrasse, der Ziel- und Quellverkehr, grösstenteils durch uns selber verursacht wird.

Der Kanton hat vor einem Jahr in Wettingen eine so genannte Nummernzählung gemacht. Bei der Einfahrt in die Gemeinde wird die Nummer registriert und dann wird beobachtet, wo und ob diese Fahrzeuge die Gemeinde wieder verlassen. Dadurch hat man festgestellt, dass der Fremdverkehr nur bei 20 % liegt. Die restlichen 80 % sind eigenverursacht. Ich habe beim Kanton angefragt, um eine solche Zählung bei uns machen zu lassen. Die Antwort war zurückhaltend, da die Zählung offenbar nicht so einfach und sehr kostenintensiv ist. Ich vermute aber, dass die Resultate bei uns nicht viel anders sein würden als in Wettingen. Ober- und Untersiggenthal haben etwa 15'000 Einwohner und wenn man die Autodichte beachtet, dann kann das schon stimmen.

Fabian Humbel: Wir haben sogar das Phänomen, dass trotz zwischen Gemeindehaus und Kindergarten Kirchweg aufgestelltem Fass, der Abfall immer neben dem Fass liegt. Die Standorte der Abfallbehälter können wir gerne überprüfen.

André Kummer: Ich kann Mike Weber nur beipflichten. Die Sitzgelegenheiten werden von allen Alterskategorien rege benutzt, vor allem am Abend. Der Abfall bleibt dann oft liegen. Ob da ein Abfalleimer Abhilfe schafft, bezweifle ich. Schon zwischen Coop und Migros ist es anscheinend nicht möglich, dass die Passanten die Eimer benutzen.

Michael Weber: Ich sage, ich könnte dann den Abfall entsorgen. Ich sehe nicht ganz ein, dass wir Anstösser die Abfallentsorgung bezahlen sollten. Die Sitzbank bei unserem Haus wird nicht von älteren Personen benutzt, weil sie an der Sonne steht. Ein paar Meter weiter steht die Sitzbank im Schatten und die älteren Leute benutzen diese auch. Dort hat es keinen Abfall.

Peter Stucki: Das Geheimnis mit den Abfalleimern: Wir haben Raben, Elstern und Katzen... Ich konnte das schon beobachten. Die Abfallbehälter sollten Deckel haben.

Stefan Hitz: Ist der Sicherheitsdienst auch im Bereich Schulhaus Kirchdorf tätig?

Max Läng: Nein, das ist ein zu grosses Rayon.

Silvia Dingwall Stucki: Mich würde es interessieren, ob die Gemeinde schon etwas von der Wirtschaftskrise spürt, z.B. Anstieg der Arbeitslosenzahlen?

Therese Schneider: Der Anstieg von Arbeitslosen ist für uns noch nicht spürbar. Das folgt, falls es einen Einfluss hat, verzögert, schätzungsweise ab Sommer oder Herbst.

Michael Brandmaier: Ich wurde von Leuten angesprochen, die im Bereich Breite wohnen. Sie sagen, sie können am Morgen kaum mehr auf die Strasse fahren, weil der Verkehr zugenommen hat. Offensichtlich haben wir auch viele Leute, die in unserer Gemeinde arbeiten. Der Verkehr in die Gegenrichtung hat nämlich auch zugenommen. Ein grosser Teil des Verkehrs ist bestimmt hausgemacht, aber ein Teil davon stammt sicher auch von Personen, die die Talseite gewechselt haben.

Die Ampelsteuerung ist nicht logisch. Ich hatte 15 Minuten vom Markthofkreisel bis zur Ampel. Ich habe danach gestoppt, wie lang unsere und wie lange die Badener Ampel auf grün steht. Unsere hat bei 11 Sekunden von grün auf orange gewechselt, und erst nach 58 Sekunden wieder auf grün. Das Verhältnis wäre 4:1, der Verkehr ist aber nicht 4:1 verteilt. Könnte der Verkehrsfluss nicht regional besser gesteuert werden?

Max Läng: Es ist zweimal passiert. Einmal war beim Landschreiber die Ampel defekt und hat deshalb orange geblinkt und einmal war der Rechner bei der Ampel auf der Badener Seite defekt.

Weder die Gemeinde Obersiggenthal noch die Stadt Baden hat einen Einfluss auf die Ampelsteuerung. Diese erfolgt durch den Kanton.

Andreas Schweizer: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Sitzung hat etwas länger gedauert, als ich erwartet habe. Ich wünsche allen einen schönen Sommer und für die, die noch mögen: Wir treffen uns im Hirschen.

Der Präsident:

Andreas Schweizer

Der Protokollführer:

Stefan Ackermann